

Annonce:
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
Willemsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Brettkirche 14.
Ensen bei Th. Spindler,
in Gräf. bei F. Strelitz,
in Breslau b. Emil Kubath.

Zosener Zeitung.

Venundseitigster Jahrgang.

Nr. 587.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Polen 4. Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 22. August. Das technische Mitglied der Königl. Eisenbahn-Kommission zu Königsberg i. Pr., Baurath Grillo, ist in gleicher Eigenschaft an die in Thorn zum 1. September c. ins Leben trende Königl. Eisenbahn-Kommission der Ostbahn verlegt worden.

Der Staatsanwalt-Gehilfe Kroeger in Marienburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Flensburg und zugleich zum Notar im Depart. des Appellger. zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Flensburg, ernannt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

P.V.C. Berlin, 22. August. Der deutsche Protestanten-Verein, dessen Generalversammlung in nächster Woche zu Heidelberg stattfindet, zählt jetzt 140 Lokal-Vereine (gegen 125 im Vorjahr). Neue Vereine wurden während des letzten Jahres begründet in Bühlach, Schwiebus, Sulingen, Harburg, Lüneburg, Salzgitter, Hameln, Welfen Geestendorf-Lehe, Hannöv.-Münden, Bevensen, Stade, Buxtehude, Eppen, Alsfeld und Neuenburg (Hessen). Außer den Lokalvereinen stehen 800 einzelne Mitglieder in direkter Verbindung mit dem Zentral-Verein in Berlin. Ein Theil der früheren „direkten Mitglieder“ ist in die neu gegründeten Lokalvereine übergegangen. Die Häufigkeit der älteren Vereine ist fast durchweg mit wachsendem Eisertortegest worden. Das Vortragswesen hat sich in großen und kleinen Vereinen in reichlichem Maße entfaltet. Sechs kirchliche Zeitschriften dienten den Zwecken des Vereins: Die protestantische Kirchenzeitung (Berlin), das deutsche Protestantentblatt (Bremen), das süddeutsche evangelische Wochenblatt (Heidelberg), die „Union“ (Bair. Pfalz), das schlesische Protestantentblatt (jetzt zur schlesischen Kirchenzeitung erweitert — Breslau) und die protestantischen Flugblätter (Elberfeld). Für das Jahr 1877 ist eine weitere Unterstützung der bisherigen zwei Wanderer des Vereins durch neue geeignete Kräfte in Aussicht genommen.

Der Kaiser hat der „Magd. Btg.“ aufzugeben die nachfolgende zum Theil schon bekannte Zeiteinteilung für die größeren Truppenübungen, denen er selbst beiwohnen will, genehmigt:

1. September: Parade des Gardekorps bei Berlin; 5. September: Eintreffen des Kaisers in Leipzig; 6. September: Parade des königl. sächsischen Armeecorps auf der Ebene bei Pulze; 7. September: Corpsmanöver des 12. königl. sächsischen Armeecorps bei Magdeborn an der Göpelbach. Abends Abreise nach Merseburg; 8. September: Parade des 4. Armeecorps bei Merseburg; 9. September: Corpsmanöver des 4. Armeecorps südlich Kötschau und Benna; 11., 12. und 13. September: Feldmanöver des 4. und 12. Armeecorps südlich Alt-Ranstadt, Merseburg, Querfurt und Weissenfels; 14. September: Corpsmanöver des Gardekorps bei Großenkreuz; 15. September: Parade des 3. Armeecorps bei Berlin; 16. September: Corpsmanöver des 3. Armeecorps bei Buchow; 18., 19. und 20. September: Feldmanöver des Gardekorps und des 3. Armeecorps südlich von Berlin; 21. September: Eintreffen in Stuttgart; 22. September: Parade des königl. württembergischen (13.) Armeecorps bei Ludwigsburg; 23. September: Corpsmanöver des 13. Armeecorps bei Ludwigsburg; 24. September: Eintreffen in Weissenburg; 25., 26. September: Manöver der Kavalleriedivision bei Hagenau unter Generalmajor v. Witzendorff. Abends Rückreise nach Berlin.

Den Manövern des Garde-Corps, des 3., 4. und 12. Armeecorps werden mit Genehmigung des Kaisers auch in diesem Jahre wieder freimodellische Offiziere beiwohnen. Die „N. B.“ nennt die folgenden:

Im Auftrage ihrer Regierungen treffen hier ein aus Österreich der Feldmarschall-Lieutenant Krhr. v. Dahmen, der Oberst und Kommandant des 10. Dragoner-Regiments v. Kriegshammer und der Oberst und Kommandant des 32. Feldjäger-Bataillons Albori, aus Italien der Oberst im italienischen Generalstabe Jean Riva Palazzi, außerdem der bei der hiesigen italienischen Botschaft akkreditierte Militärbevollmächtigte Major Graf Ludino del Magno; aus Bayern der Generalleutnant und Kriegsminister Maillinger. Seitens Frankreichs werden den genannten Manövern beiwohnen der Oberst-Lieutenant Humann und Kapitän Colard, sowie die bei der hiesigen französischen Botschaft akkreditirten Militärbevollmächtigten Oberst-Lieutenant Graf de Sesmaisons und Monsieur de Serres.

Der „Sprudel“ erhält aus Berlin die nachfolgende Mitteilung: Die zeitweise Zurücknahme des Steckbriefes gegen Graf Arnim erfolgte durch die Intervention des Fürsten Bismarck beim Kaiser von Gastein aus. Gräfin Usedom war von Karlsbad mit einem Schreiben Arnims zum Kronprinzen gekommen und hier wurde ihr der Rath zu Theil, sich an den Reichskanzler zu wenden. Die resolute Dame eilte nach Barzin, wo sie die freundliche Zusicherung der Intervention erhielt. Fürst Bismarck wandte sich telegraphisch an den Kaiser, der seine Bitte umgehend „zeitweise“ gewährte. (?)

Professor Neulau wird in nächster Zeit in Berlin zurückkehren und zunächst dem Reichskanzleramt einen umfangreichen Bericht über seine Wahrnehmungen in Philadelphia erstatten. Wie man hört, wird das Reichskanzleramt mit einer Veröffentlichung und Belichtung des Neulau'schen Urteils vorgehen.

Auf dem Matthäikirchhofe hier selbst hat heute die feierliche Beerdigung des am 19. d. M. im 74. Lebensjahr verstorbenen Direktors im Ministerium des königlichen Hauses, Wirkl. Geh. Rath. Heinrich Wilhelm Kaspar von Ofteler, stattgefunden. Der „St. A.“ widmet ihm folgenden Nachruf:

Mit ihm ist ein um den Staat und die Krone hochverdienter Beamter zu Grabe getragen worden. Von den Anfangs bekleideten richterlichen Ämtern als Stadtrichter, Stadtgerichtsdirektor und zuletzt Kammergerichtsrath, zur Verwaltung und zwar zunächst als vortragender Rath im Finanzministerium zu Anfang der vierzig Jahre befreit, fand der Berevigte bald den Übergang zum Eintritt in das damals unter dem Fürsten Wittgenstein stehende Hausministerium, um denselben drei Decennien hindurch in den verschiedensten Stellungen anzugehören, auch einige Jahre die Geschäfte des Hausministers selbstständig zu versiehen. In diese Zeit fiel der Übergang des Staats-

tes zur repräsentativen Regierungsform und zuletzt die Neubildung des deutschen Reichs. Die Wahrnehmung der von diesen Veränderungen mitberührten persönlichen und Vermögensinteressen des königlichen Hauses ward die Lebensaufgabe des Verstorbenen, für welche er seine große Erfahrung und das ihn anscheinend Wissen auf dem Gebiete des Staats-, besonders des Verwaltungs- und Privatfürsterechts mit einem eisernen Fleise und in selbstloser Hingabe bis zum letzten Athemzuge eingesetzt hat. In dieser langjährigen unausgelebten Tätigkeit hat der Ministerialdirektor von Ofteler ebenso wohl rücksichtlich der Erhaltung und Vermehrung des königlichen Hauses vermögen, als der Fortbildung der Hausschaffung der königlichen Familie große, an Allerböchster Stelle stets anerkannte Verdienste erworben. In diesen Beruf ging sein Leben ganz und ohne Rest auf; in Treue und rastloser Arbeit waren alle Kräfte seines Geistes ausschließlich dem Amtspflichten und den Interessen der Krone gewidmet. Und so kann es als eine besondere Gunst der Vorsehung für ihn angesehen werden, daß er seines Amtes hat bis zum Tode warten können.

Nach der „N. L. C.“ zukommenden Mittheilungen läßt sich noch gar nicht absehen, wie lange Zeit die Vorarbeiten behufs Lösung der Frage wegen Vermehrung der Reichseinnahmen durch Einführung einer allgemeinen von den Landesregierungen in gleicher Weise wie die Wechselstempelsteuer zu erhebenden und zur Reichskasse abzuliefernden Reichsstempelsteuer in Anspruch nehmen werden. „Es handelt sich hier um Überweisung fast sämtlicher Gebühren oder Auslagen an das Reich, welche der Staat theils beim Erwerb und bei der Übertragung von Privatrechten, theils für einzelne Dienstleistungen bei Verhandlungen mit den Staats- und Verwaltungshöorden erhebt. Unter Reichsstempelsteuer würde demnach nicht bloss der nach dem Werth, welcher die stempelpflichtige Urkunde darstellt, zu erhebende Werth-, Klassen-Gradations-, sondern auch der von den bei den Behörden ein- und ausgehenden Schriften zu verwerthenden Schriftstempel zu verstehen sein. Beide Arten des Stempels sind in allen Bundesstaaten eingeführt, und bedürfen wir eine einheitliche Regulirung bei der bevorstehenden Reichsgesetzgebung schon deshalb, weil das Reich ein einheitliches Handels- und Verkehrsgebiet darstellt. Sieht man nun noch in Betracht, daß die Stempelgesetze in vielen Bundesstaaten äußerst weitaus und kompliziert, dem Laien oft unverständlich und summiert sind, daß selbst für die fachkundigen Behörden ihre Anwendung mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, so ergibt sich, daß die Sammlung und Sichtung des zur Aufführung eines Gesetzentwurfs über die Reichsstempelsteuer erforderlichen Materials eine sehr umfangreiche Aufgabe ist.“

Es ist jetzt der „N. L. C.“ zu folge kein Zweifel mehr, daß die Eisenfrage den Reichstag in seiner Herbstsession nochmals beschäftigen wird. Ob freilich die Bundesregierungen der so eben von dem Ausschuss der „nordwestlichen Gruppe“ des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sehr kategorisch ausgesprochenen Erwartung, daß sie beim Reichstage eine die heute noch bestehenden Eisen- und Stahlzölle über den 1. Januar 1877 hinaus bis auf Weiteres prolongirende Vorlage einbringen würden, entsprechen werden, mag dahingestellt bleiben. Geschieht es nicht, so ist keine Frage, daß ein bezüglicher Gesetzentwurf aus der Mitte des Reichstags selbst auftauchen wird. In der letzten Session ist der Reichstag über die in gleicher Richtung an ihn ergangenen Petitionen im Einverständnis mit dem Bundesrat zur Tagesordnung übergegangen. Nunnehr wird also beiden Körperschaften zugemutet, von ihrem damaligen Standpunkt zurückzukommen. Unter diesen Umständen scheint es angemessen, sich die Sachlage zu vergegenwärtigen. Die „N. L. C.“ thut dies in folgendem Artikel:

Die erstaunliche Entwicklung der modernen Großindustrie hat für die Landwirtschaft den unlängen Nachtheil gehabt, daß derselben die menschlichen Arbeitskräfte in empfindlichstem Maße entzogen und die Arbeitslöhne bedeutend gesteigert wurden. Eine gefundene Volkswirtschaftspolitik mußte auf Mittel finden, diese unvermeidliche Schädigung wieder auszugleichen, und als solches Mittel bot sich die Befreiung der Eisenzölle, d. h. die der Landwirtschaft zu gewährende Möglichkeit, die zu sehr vertheuerter oder gar nicht mehr erhaltbare Menschenarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen. So wurde im Jahre 1870 der Rohstoffzoll auf 2½ Sgr. herabgestellt und im Frühjahr 1873 schlug die Reichsregierung die vollständige Befreiung nicht allein des Zolls auf Rohstoffen, sondern auch desjenigen auf die meisten Eisenfabrikate vor. Die Aufhebung sollte mit dem 1. Oktober 1873 eintreten. Es kam indeß der bekannte Kompromiß zu Stande, nach welchem die sofortige Befreiung des Rohstoffzolles zwar zugestanden, der Zoll auf die fabrizierten Eisen- und die groben Gußwaren aber zu dem ermäßigten Sate von 10 Sgr. noch bis zum 1. Januar 1877 beibehalten ward. Die Eisenindustriellen erklärten sich damals durch dies Abkommen vollkommen befriedigt. Nichts desto weniger erhielten sie im Herbst d. J. mit den erwähnten Petitionen, welche eine Verlängerung des Aufhebungstermins auf unbestimmte Dauer forderten. Als Grund wurde die angeblich ungünstige Lage der Eisenindustrie angegeben. Der Reichstag hat sich einer genauen Prüfung der Frage unterzogen. Wer die Ausfälle der schützölfördernden Preise sieht, muß zu der Ansicht kommen, als hätte die Mehrheit des Reichstages in dorthiniger Verblendung die veränderten Verhältnisse gar nicht gewürdig. Die bedauerliche Krise, unter welcher die Eisenindustrie ganz besonders stark leidet, ist im Gegenteil von allen Seiten anerkannt worden. Auch kann Niemand, der die Stimmung jener Berathungen unbefangen beurtheilt, darüber zweifelhaft sein, daß die Majorität, wenn sie sich von der angeblich direkt ruinirenden Wirkung einer vollständigen Aufhebung der Eisenzölle am 1. Jan. 1877 hätte überzeugen können, ihre Zustimmung zu den Petitionen nicht versagt haben würde; denn, um eine, wenn auch noch so gerechtfertigte Erleichterung der Landwirtschaft ein paar Jahre früher zu erlangen, einen für Deutschland so wichtigen Erwerbszweig, wie die Eisenindustrie, der Vernichtung preiszugeben, kann selbstverständlich keinem vernünftigen Menschen in den Sinn kommen. Aber man möchte sich jene Überzeugung nicht zu verschaffen. Man beobachtete das Darüberliegen der Eisenindustrie überall, in Ländern mit freihändlerischem wie mit schützölförderndem Regime; judem lag auf der Hand, daß in Deutschland ganz besonders sich die Folgen einer solchen Übertreibung und Spekulation gelten machen. Möglicher, daß die

Zölle 20 Pf. die sechzehnzigste Zelle über deren Raum Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erreichende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Announce:
Annahme-Bureaus.

In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Wien, bei G. L. Danke & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Moß. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidenbank.“

1876.

Mittwoch, 23. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

Zölle 20 Pf. die sechzehnzigste Zelle über deren Raum Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erreichende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Bitterseit des Prozesses der Heilung von solcher Krankheit durch die Beibehaltung des Zolls um eine Kleinigkeit gemildert werden würde. Aber hier einmal angefangen, würden nicht zahllose andere Gewerbezweige die Forderung einer gleichen lindernden Befülle von staatlicher Seite stellen? Kurz, man war der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung des Gesetzes vom 7. Juli 1873 die Krise der Eisenindustrie jedenfalls nicht wesentlich verschlimmern könnte, während anderseits durch Suspensionsierung des Gesetzes ihr nicht einmal eine wesentliche Erleichterung verschafft werden würde. Bei solcher Sachlage hatte man sich zu fragen, ob man das unbestreitbar berechtigte Interesse der Landwirtschaft, welches obendrein durch zahlreiche Gegenpositionen nachdrücklich betont wurde, noch ferner zu Gunsten der Industrie hinzunehmen dürfe, und nach reiflicher Erwägung entschied man sich im verneinenden Sinne. Wenn nun mehr die Eisenindustriellen in letzter Stunde nochmals versuchten, den Sinn der gegebenen Fakten zu wenden, so scheinen sie sich besonders auf die Behauptung stützen zu wollen, daß die Verhältnisse sich im Vergleich zu vorigem Herbst abermals wesentlich verschlechtert hätten. Man wird die betreffenden Debatten abwarten müssen, um das Gewicht der in dieser Richtung von ihren Freunden vorzubringenden Argumente abzuwegen zu können. Indes kann man bereits jetzt annehmen, daß ihnen eine nicht ungewöhnliche Stütze ihrer vorjährigen Beweisführung diesmal gleich anfangs entzogen werden wird, nämlich der Hinweis auf den 20 prozentigen Eisenbahnhaftrabatt. Bekanntlich ist die Rückgängigmachung dieses Zuschlags von kompetenter Seite bereits in Aussicht gebracht und wird hoffentlich baldigst durchgeführt werden. Im übrigen geht die „nordwestliche Gruppe“ der deutschen Eisenindustriellen heute erheblich weiter als die Petitionen des vorigen Jahres. Damals begnügte man sich mit einer Verlängerung der Aufhebung des Zolls „bis zum Wiedereintritt günstigerer Verhältnisse“, heute verlangt man nicht allein die Suspensionsierung des Gesetzes vom 7. Juli 1873 mit dem ganz unbestimmten Termine „bis auf Weiteres“, sondern man fordert sogar bereits die Wiedereinführung eines Zolls auf Rohstoffen zum Sate von 25 bis 30 Pf. pro 50 Kilo (eventuell also doppelt so hoch, als er bei der Aufhebung war.) Ob das grade im gegenwärtigen Augenblick sehr klag gebandelt ist, muß dem eigenen Urteil der Interessenten überlassen bleiben.

Neuerdings haben sich die Anträge auf Verleihung für private Rechte an Vereine, Hospitäler etc. im Ministerium sehr gehemmt. Die Anträge sind aber häufig auf Grund so mangelshaft redigirter Statuten gestellt worden, daß es angemessen erschien ist, den Provinzialbehörden ein Normalstatut zugänglich zu machen, welches bei künftigen derartigen Anträgen als Muster benutzt werden kann. Man bezieht nämlich auf diese Weise nicht nur in den Aufsichtsinstanzen die bezüglichen Arbeiten erheblich zu vermindern, sondern auch den Auftrag kann allerlei Widersprüche zu erfüllen. Dennoch hat der Minister der Finanzen in dreifachen, in dem gedachten Zwecke sich eignendes Normalstatut zu geben lassen und gleichzeitig Anweisung ertheilt, überall darauf hinzuwirken, daß dasselbe künftig bei Anträgen auf Verleihung juristischer Persönlichkeit möglichst zur Richtschnur genommen werde.

Bezüglich der mit den neuen Gerichtsverfassung verbundenen anderenweiten Regelung der Gehälter für die Richter erster Instanz erfährt die „Magd. Btg.“ von wohlunterrichteter Seite, daß es angemessen erschien ist, den Provinzialbehörden ein Normalstatut zugänglich zu machen, welches bei künftigen derartigen Anträgen als Muster benutzt werden kann. Man bezieht nämlich auf diese Weise nicht nur in den Aufsichtsinstanzen die bezüglichen Arbeiten erheblich zu vermindern, sondern auch den Auftrag kann allerlei Widersprüche zu erfüllen. Dennoch hat der Minister der Finanzen in dreifachen, in dem gedachten Zwecke sich eignendes Normalstatut zu geben lassen und gleichzeitig Anweisung ertheilt, überall darauf hinzuwirken, daß dasselbe künftig bei Anträgen auf Verleihung juristischer Persönlichkeit möglichst zur Richtschnur genommen werde.

Für die Ausbildung der Postbeamten im Telegraphendienst ist eine neue Anweisung erschienen, welche an Stelle der früheren Bestimmungen tritt und mit einem Prüfungs-Reglement der Postbeamten im Telegraphendienst verbunden ist. Die Anweisung verbreitet sich über die Ausbildung für den Apparendienst, so wie über die vollständige Ausbildung für den Telegraphendienst bei einer vereinigten Verkehrsanstalt.

In parlamentarischen Kreisen rufen, wie berichtet wird, die auffallend zahlreichen Fälle von Resignation bisheriger Abgeordneter auf ihre Mandate ernste Bedenken hervor, zumal diese Erscheinung nur auf liberaler Seite hervortritt und, wie man befürchtet, den Plänen der Gegner ungeahntes Vorrecht leisten könnte. Es haben daher unter einzelnen Abgeordneten Besprechungen zu dem Zwecke stattgefunden, entweder die verzichtlustigen Kollegen ihrer bisherigen Thätigkeit zu erhalten oder durch Empfehlung derselben Ersatzmänner zu erlangen. Man verichert, daß dies Verfahren von günstigen Erfolgen begleitet und geeignet gewesen ist, einem wirklichen Kandidatenmangel vorzubeugen. — Der Abgeordnete Miquel, der sich augenblicklich zur Erholung auf seiner Villa zu Thale im Harz befindet, kehrt, wie die „N. L. C.“ hört, nach Berlin erst zurück, wenn es sich darum handeln wird, die Revision der Justizgesetzentwürfe in der Justizkommission vorzunehmen. Herr Miquel will auch sein Amt als Bürgermeister von Osnabrück nicht früher übernehmen, als bis zur Beendigung der Herbstsitzung des Reichstags, mit welcher er in diesem seine Thätigkeit beschließen will.

Man schreibt der „N. L. C.“: In Barzin werden jetzt die deutschen Botschafter in London, Graf zu Münster und in Rom, Herr von Leibnitz, ihre Aufwartung machen. Graf Münster hat sich gestern zum Reichskanzler begeben; er kehrt morgen Abend zurück. Herr von Leibnitz geht im Laufe dieser Woche nach Barzin. Diese Besuche sind auch in früheren Jahren bereits dem Reichskanzler abgetastet worden und haben an sich keine besondere politische Bedeutung, wenn man eine solche angesichts der jetzigen Situation vielleicht darin erblicken möchte. Beide Botschafter stehen überdies bekanntlich der Person und der Familie des Fürsten Bismarck schon seit Jahren nahe.

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des brandenburgischen Landtages am 20. d. M. stand ausschließlich die Beurtheilung der Frage wegen Regelung des Landarmenwesens. Der Beschluß des Landtages wurde dahin formulirt: 1) Die Landarmenverwaltung der kommunalständischen Verbände der Kurmark, der Neumark und der Niederlausitz geht mit dem 1. Jan. 1878 auf den Pro-

vinzialverband von Brandenburg über, für welchen der Landesdirektor dieselbe von den einzelnen Landarmendirektionen übernimmt. 2) Die Verwaltung des Landarmenwesens seitens der Provinz erfolgt zunächst abgesondert in den Bezirken der kommunalständischen Landarmen-Verbände, deren jeder die ihm erwachsenden Kosten aufzubringen hat. 3) Der Provinzialausschuss wird beauftragt, in Verhandlungen mit den kommunalständischen Verbänden resp. deren Kommissionen darüber einzutreten: a) welche den Zwecken der Landarmen-ic. Verwaltung gewidmete Vermögensobjekte mit den bezüglichen Verpflichtungen den kommunalständischen Verbänden auf die Provinz übergehen sollen; b) ob und in welcher Weise für den Fall der Verschmelzung der bisherigen Landarmenbezirke ein Ausgleich herbeizuführen unter den kommunalständischen Verbänden, bzw. den in denselben vereinigten Kreisen. 4) der Provinzialausschuss wird ferner beauftragt: wegen Übernahme der Landarmenverwaltung im Kreise Cottbus und in den Städten Frankfurt a. O. und Potsdam dem Provinziallandtag Vorschläge zu machen. — Damit waren die Arbeiten nach sechstätigiger Sitzung beendet. Der Landtagskommisssar v. Jagow erklärte die Session für geschlossen, und die Versammlung trennte sich mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser um 4 Uhr.

— In den Tagen vom 28. bis 29. August hält der Verein deutscher Ingenieure seit dem 20. Jahre seines Bestehens seine XVII. Hauptversammlung ab, die diesmal nach Berlin berufen ist. Der Verein, dessen 2200 Mitglieder über ganz Deutschland verstreut wohnen, verfolgt wesentlich wissenschaftliche Zwecke und wirkt für dieselben in 24 Bezirksvereinen an Zentralpunkten der Industrie, und durch sein Vereinsorgan, ein Fachblatt, welches sich großer Anerkennung erfreut. Allgemeine Fragen, speziell solche von politischer Bedeutung hat derselbe bisher nicht in den Kreis seiner Diskussion geogen, doch hat er das Verdienst für ein allgemeines deutsches Patentregister, sowie für die Einführung von einheitlichem Maß und Gewicht in Deutschland, umfassende Vorarbeiten gemacht zu haben. Die Bestrebungen, die der Verein auf Einführung gewisser einheitlicher Formen in der Eisen-Industrie und besonders in Maschinenbau gerichtet hat, also z. B. auf Einführung normaler Formen ausfeinerer Rohre, sowie von einheitlichem Schraubenmaß nach metrischen Maßen, ferner einheitliche Leere für Blech und gezogenes Metall, stossen naturgemäß wegen der damit verbundenen Umwälzung in den hergebrachten Formen auf bedeutende Schwierigkeiten, finden aber sicher bei jedem dem Fortschritt huldigenden Industriellen Anerkennung. Das Fest ist dem Vereinchen noch so geplant, daß die Anmeldung der Teilnehmer am Sonntag 27. August in einem Saale der Kaisergalerie erfolgt, wo dann die Festkarten ausgegeben werden und daß am Abend eine gegenwärtige Begrüßung der Vereinsmitglieder in den Reichshäusern erfolgt. Für Montag 28. und Dienstag 29. August werden Sitzungen die Stunden von 9—2 Uhr ausfüllt, von denen besonders die erste, mit dem Vortrage des Direktors des Vereins Prof. Dr. Graßhof aus Karlsruhe: "Über die wissenschaftliche Entwicklung der deutschen technischen Hochschulen und über Staatsinrichtungen zu geeigneter Verwendung akademisch gebildeter Techniker im öffentlichen Interesse" und die sich voraussichtlich daran knüpfende Diskussion von erheblichem allgemeinem Interesse werden dürfte, da augenblicklich diese Fragen in den Fachkreisen hohe Beachtung finden und Seitens der Behörden umfassende Änderungen bisheriger Einrichtungen erwartet werden. Besonders dient die Aufstellung von Ingenieuren im Staatsdienste in Frage kommen; es ist zu berücksichtigen, daß für das große Gebiet der Ingenieurwissenschaften, die seit wenigen Jahrzehnten einen so hervorragenden Einfluß gewonnen haben, bisher noch keine Stellung im preuß. Staate oder im deutschen Reiche geschaffen ist, in der ein Beamter mit wissenschaftlicher Vorbildung an der Verwaltung selbstthätig teilnehmen kann. Die große Unkenntnis, die über alle deutschen Industrie-Verhältnisse noch immer besteht, ist gewißtheilweise dadurch zu erklären, daß neben den seit Alters geschaffenen Stellungen der Baumeister und der Bergbeamten für Ingenieure, die durch ihre Vorbildung und ihre unausgesetzte praktische Thätigkeit in ihrem Arbeitsfelde das technische Gebiet beherrschen, eine entsprechende Verwendung ausgeblieben ist.

Der "R. Anz." Nr. 137 publiziert die Roth- und Lothen-Signalordnung für Schiffe auf See und auf den Küstengewässern, vom 1. August 1876 und die "L. Anz." Nr. 137 vom 1. August 1876 für noch einem Zusammensetzung von Schiffen auf See, vom 15. August 1876.

Konstantinopel. Der "Nat. Ztg." wird unter den 15. d. von ihrem Spezial-Korrespondenten vom Goldenen Horn Folgendes berichtet:

Bei der grossen allgemeinen politischen Bedeutung, welche die Frage über die Gesundheit des Sultans hat, glaube ich Ihnen mittheilen zu sollen, daß, wenn auch die Befürchtungen, welche vor etwa 3 Wochen sich in Bezug auf denselben geltend machten, sich seitdem vermindert haben, der bezügliche Zustand gleichwohl als ein noch nicht sehr wesentlich gebeffterter angesehen wird. Um sich über denselben möglichste Gewissheit zu verschaffen, ergriffen der Großvize und die ihm zunächst stehenden Mitglieder des Kabinetts zu denen, wie ich ausdrücklich betone, Midhat Paşa heute — wenn auch immerhin nur vorübergehend — zu rechnen ist das Auskunftsmitte, sich mit einer auswärtigen wissenschaftlichen Autorität darüber in Verbindung zu setzen. Dr. m. e. Leidesdorf aus Wien wurde veranlaßt, zum Zweck einer Konsultation nach Konstantinopel zu kommen. Seine Beobachtungen haben, so wird verichert, allerdings eine momentane Beeinträchtigung der geistigen Funktionen bei dem Kranken konstatiert, zugleich aber festgestellt, daß dieselbe den Charakter einer permanenten entstehen nicht hat, und zugleich nicht als das Resultat der früheren Lebensweise des Monarchen, wie vielmehr als dasjenige der vorsichtigen Einmündungen jener aufrregenden Ereignisse anzusehen zu sein scheint, welche sich in der ersten Hälfte des Monats Juni zutragen: Selbstmord seines entthrontenen Vorgängers Abdul Aziz Khan, Ermordung der Minister Hussein, Avni und Nasreddin Paşa. Hieran Bezug nehmend, soll Dr. Leidesdorf die Anzahl aufgestellt haben, daß in dem Maße, in welchem die Erinnerung an diese blutigen Vorgänge von ihrer Unmittelbarkeit verlieren würden, namentlich aber durch Ruhe und Körperpflege wie Erhaltung von der Aufnahme an irgend welchem geschäftlichen Amt, das aufgerichtete Nerven-System des Patienten seine normale Stimmung wiederfinden werde. Ob hiermit, wie behauptet wird, die Sicherung thatsächlich verbunden war, daß diese letztere Wendung ihnen den nächsten Wochen schon zu erwarten sei, muß ich dahin gestellt sein lassen. In Bezug auf die Beziehungen der Kabinett-Mitglieder untereinander halte ich alles das aufrecht, was ich Ihnen darüber schrieb. Der serbische Krieg, verbunden mit den Konsequenzen des Gesundheitszustandes des Sultans hat einzuweilen alle Fragen, welche mit den Notwendigkeiten des Augenblicks nicht in allerdirektesten Verbindung stehen, in den Hintergrund treten lassen, und so ist es gelehren, daß das nämliche Ministerium, welches noch im Juni eine Körperfahrt war, deren Häupter sich mit Entschiedenheit befehligten, seit länger als einem Monat bereits nur einen einheitlichen, auf die Abwendung der dem Reiche aus unmittelbarster Nähe drohenden Gefahren gerichteten Willen bekundet. Mit anderen Worten: es handelt sich in dem vorliegenden Falle um eine Verständigung, durch deren thatsächlich Existenz allerdings nicht zugleich auch ihr provisorischer Charakter ausgeschlossen wird. Niemand, der die hiesigen Verhältnisse und Personen näher kennt, kann sich über den lechteren Punkt täuschen. Die Einigkeit der leitenden Männer wird eben nur so lange dauern, als die zwingenden Motive in Kraft verbleiben, welche sie hervorgerufen haben. Ein feiner Kenner der hiesigen maßgebenden Kreise bemerkte neulich: in gewissem Sinne sei das momentane Zurücktreten des Monarchen auf Grund seiner Krankheit ein Glückfall für die Türkei, weil denselben Intrigen, durch welche vorher hier in den meisten Fällen Kabinete gestürzt wurden, nämlich der Abwendigmachung der Gunst des Badischen seitens eines Rivalen, der beiden entzogen worden sei.

Bon demselben Tage erhält die "R. Anz. Ztg." nachstehendes Schreiben ihres Korrespondenten über dieselbe Angelegenheit:

Seit vorigem Freitag weilt der bekannte wiener Professor Dr.

Leidesdorf in unserer Stadt, um den Gesundheitszustand des Sultans einer eingehenden Untersuchung zu unterwerfen. Seitens der türkischen Behörden wurde dem berühmten Arzte, welcher sich auf besondere Aufforderung des Ministeriums hierher begeben hat, sofort nach seiner Ankunft eine geräumige, höchst elegant eingerichtete Wohnung im Palaste zur Verfügung gestellt. Dorthin lenkte sich darauf in verfloßenen Tagen ein Strom hier anwesender Berichterstatter, welche den Professor interviewen und womöglich von seinen Lippen genaue Kenntnis über die Krankheit des Großherrn in Erfahrung bringen wollten. Indessen die Palastwachen verweigerten den Zutritt. Was unterdessen über die Ergebnisse der ärztlichen Unterredung bekannt geworden, stimmt im Wesentlichen mit dem Urteil der bisherigen Leibärzte überein, von welchem ich Ihnen bereits früher, anlässlich meiner ersten Mitteilung über die Krankheit des Sultans ausführlich Kenntnis gegeben habe. Nach Privatmittheilungen aus dem Palast, welche ich für durchaus überläufig zu halten allen Grund habe, hat Professor Leidesdorf den Zustand Murads zwar nicht für lebensgefährlich, aber doch für höchst besorgniserregend erklärt und als erste Bedingung zur Heilung die gänzliche Enthaltung von allen Staatsgeschäften, sowie von aller anstrengenden geistigen Thätigkeit überhaupt abdingt. Im Einverständniß mit den übrigen Aeristen wurde es sodann für wünschenswert bezeichnet, daß der Sultan für die nächsten Monate seinen dauernden Aufenthalt auf dem Lande nehme und sich dort abwechseln mit leichter, anregender Lektüre und etwas Handarbeit beschäftige. Dieser letzteren Vorchrift soll der Großherr indessen den lebhaftesten Widerstand entgegenge setzt und energisch erklärt haben, er halte es für seine heilige Pflicht, unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen, wo seine Gegenwart in der Residenz dringend vonnöthen sei, die Rücksicht auf sein körperliches Wohlbefinden der Sorge für das Wohl seiner Untertanen nachzusetzen. Die leichte Besserung, welche sich im Gesamtbefinden Murads in der letzten Zeit fundgegeben hat, scheint übrigens von Dauer zu sein. Nachdem der Sultan am vorigen Freitag das öffentliche Gebet in der Moschee von Beşiktaş abgehalten — den Hinweg machte er zu Pferde, den Rückweg im Kai — hat derselbe seither täglich gröbere Spazierfahrten unternommen, auf welchen er vom Volke aufs Lebhafteste begrüßt wurde.

Siebzehnter allgemeiner deutscher Wirtschafts-Genossenschaftstag.

(H. F.) Danzig, 22. August.

(Nachdruck verboten.)

Dem gestern bereits mitgetheilten Geschäftsberichte ist noch zu entnehmen: Von 731 Buch- und Kreditvereinen, die der Anwaltschaft ihre Abschlüsse eingefand, zählten Ende 1875: 342,723 Mitglieder. Unter diesen waren selbständige Landwirthe, Gärtner, Förster und Fischer männlich 72,001, weiblich 2804; Gehilfen und Arbeiter bei der Landwirtschaftschaft, Gärtnerei und Fischfang m. 8659, w. 582; Fabrikanten, Bergwerksbesitzer und Baumünderneher m. 13,020, w. 279; selbständige Handwerker m. 111,418, w. 3828; Fabrikarbeiter, Bergarbeiter, Handwerksgesellen m. 16,871, w. 565; selbständige Kaufleute und Händler m. 23,318, w. 2113; Handlungskommiss und sonstige kaufmännische Gehilfen m. 2408, w. 116; Fuhrherren, Schiffseigentümer, Gast- und Schankwirthe m. 16,907, w. 819; Briefträger, untere Eisenbahn-, Telegraphen- und Postbeamte, Eisenbahnarbeiter, unelbständige Schiffer, Kellner m. 6988, w. 63; Dienstmänner und Dienstboten m. 2592, w. 948; Aerzte, Apotheker, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Kirchen-, Staats- und Gemeindebeamte m. 23,963, w. 969; Rentiers, Pensionäre und andere Personen ohne Berufstätigkeiten m. 9724, w. 12,708. — Von in Deutschland und Österreich existirenden Rohstoffgenossenschaften sind der Anwaltschaft namentlich bekannt: 85 von Schuhmachern, 39 von Schneidern, 13 von Schlossern und Schmieden, 10 von Tischlern und Stellmachern, 6 von Webern, 5 von Grifelmachern, 4 von Buchbindern, 3 von Sattlern und Tapezierern, 2 von Bauhandwerkern (beide in Hamburg), 2 von Korbmachern, 2 von Töpfern, 1 von Bäckern (Bremen), 1 von Müller u. 1 von Hanschuhmachern, 56 von landwirtschaftlichen Rohstoff- u. Konsum-Vereinen 72 von Genossenschaften zur Aufzähfung von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräthen ic., 39 von Genossenschaften zur Beschaffung und Unterhaltung von Zuchtbüchern. — Von Rohstoff- und Magazin-Genossenschaften sind der Anwaltschaft namentlich bekannt: 24 von Tischlern, Pianofoxen und Stuhlmachern, 14 von Schneidern, 8 von Gewerbeballen, 2 von Schuhmachern, 2 von Tapezierern, 1 von Webern und Tuchmachern, 1 von Drechsln, 1 von Siebmachern, 1 Kohlen- und 1 Waffen- und Gewehr-Magazin-Genossenschaft. Von Produktiv-Genossenschaften sind der Anwaltschaft namentlich bekannt: 36 von Tischlern, Instrumentenmachern und verwandten Gewerken, 23 von Spinnern und Webern, 21 von Schneidern, 17 von Buch- und Stein-druckern, 10 von Zigarettmachern, 10 Industrie-, Handels- und Bergbau-Genossenschaften, 9 Genossenschaften für Mehlfabrikation und Brotbäckerei, 8 von Schuhmachern, 8 von Bauhandwerfern und Steinmefern, 7 Genossenschaften für Spiritus- und Branntwein-Fabrikation, 6 von Buchbindern und Lederarbeiten, 5 von Maschinenbauern, 5 von Töpfern, 4 von Metallarbeiten, 4 von Zufertfabrikation, 3 von Vergoldern, 3 von Brauern, 2 Genossenschaften für Nähmaschinen, 2 von Uhrmachern, 2 von Glaser, 2 von Malern und Lackierern, 2 Genossenschaften für Stärkefabrikation, 2 Genossenschaften für persönliche Dienstleistungen, 1 von Büttner- und Kammimachern, 1 von Gold- und Silberarbeiten, 1 von Tapezierern, 1 von Granit, und Marmorarbeiten, 1 von Mechanikern, 1 von Bildhauern, 1 von Fleischern und 1 Genossenschaft für Waffenfabrikation.

Des Weiteren sind der Anwaltschaft namentlich bekannt: 80 Molkerei-Genossenschaften, 9 Winzer-Genossenschaften, 3 Genossenschaften für Hopfenbau, 2 Züchterei-Genossenschaften, 1 Genossenschaft für Düngerfabrikation, 15 Versicherungs-Genossenschaften und 16 Genossenschaften der verschiedensten Art. Zu diesen letzteren gehört: 1 eingetr. Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger in Berlin, Direktor: Herr Hofoperndirektor Franz Beck, Königgrätzerstr. 46 d, in Berlin; ein Verein der Gehrbeleibitzer zur Beschaffung von Arbeitskräften in Berlin, 1 Schornsteinfeger-Meister-Genossenschaften in Berlin, 1 "Homöopathischer Centralverein Deutschlands" in Leipzig (Direktor: Herr Dr. El. Müller, Leipzig), 1 Vereins-Damenstift, regel. Gesellschaft mit befürührter Haftpflicht (Dreft): Frau Therese Freiin v. Gumpenberg u. s. w. — Von der Anwaltschaft namentlich bekannten 1034 Konsum-Vereinen kommen 69 auf die Provinz Sachsen, 63 auf Schlesien, 51 auf die Rheinprovinz, 32 auf Brandenburg, 20 auf Hannover, 20 auf Westfalen, 19 auf Preußen, 8 auf Hessen, 7 auf Pommern, 3 auf Schleswig-Holstein, 2 auf Polen, 13 auf das Königreich Sachsen, 48 auf Bayern, 38 auf die sächsischen Herzogtümer, 35 auf Baden, 20 auf Württemberg, 10 auf Braunschweig, 8 auf Anhalt, 8 auf die Schwarzwälder Herzogtümer, 6 auf die Preußischen Herzogtümer, 5 auf das Großherzogthum Hessen, 4 auf die Hansestädte, 4 auf Mecklenburg, 2 auf die deutschen Reichs-länder, 2 auf das Fürstentum Lippe, 1 auf Oldenburg, 215 auf Böhmen, 116 auf Mähren, 27 auf Niederösterreich, 19 auf die Steiermark, 13 auf Ober-Oesterreich, 8 auf Tirol, 6 auf Oesterreich-Schlesien, 5 auf Kärnten, 3 auf Vorarlberg, 2 auf das Käntland, 1 auf Salzburg und 1 auf Krain. — Die der Anwaltschaft bekannten 156 Konsum-Vereine zählen Ende 1875: 65,776 Mitglieder. Von diesen waren selbständige Landwirthe, Gärtner, Förster, Fischer, männlich 2465, weiblich 155; Gehilfen und Arbeiter in den vorbezeichneten Berufenarten m. 1998, w. 322; selbständige Handwerker m. 11,249, w. 794; Fabrik-, Bergarbeiter und Handwerksgesellen m. 24,485, w. 1050; selbständige Kaufleute und Händler m. 1921, w. 467; Handlungskommiss und sonstige kaufmännische Gehilfen m. 896, w. 68; Fuhrherren, Schiffseigentümer, Gast- und Schankwirthe m. 1315, w. 127; Briefträger, untere Eisenbahn-, Telegraphen- und Postbeamte, Eisenbahnarbeiter, selbständige Schiffer und Kellner m. 4172, w. 45; Dienstmänner und Dienstboten, m. 990, w. 226, Aerzte,

Apotheker, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Kirchen-, Staats- und Gemeindebeamte, m. 6731, w. 662; Rentiers, Pensionäre und ohne besondere Berufsbübung, m. 1412, w. 299.

In der heutigen Sitzung, die gegen 9½ Uhr Vormittags ihren Anfang nahm, gelangte zunächst folgender Antrag zur Anahme: "Der Verbandstag erklärt. 1. Das seit Gründung deutscher Genossenschaften in denselben bestehende, von der Höhe der Geschäftsantheile und der Dauer der Mitgliedschaft unabhängige, gleiche Stimme reicht aller Mitglieder hat sich durchaus bewährt; jede Beschränkung derselben aus lokalen oder vorübergehenden Ursachen wird den Genossenschaften dringend widerrathen. 2. Die Einführung eines nach Höhe der Geschäftsantheile verschiedenen Stimm- oder Wahlrechts widerspricht allen genossenschaftlichen Grundsätzen und der durch die Solidarität aller Interessen herbeigeführten Gleichheit der Rechte und Pflichten der Mitglieder."

Eine sehr lange und lebhafte Debatte veranlaßte alsdann der Antrag des Herrn Dr. Schulze-Delitzsch: "Es wird den Vereinen des Allgemeinen deutschen Genossenschafts-Verbandes zur Pflicht gemacht, den Anwalt bei seinem Vorgehen in der Reichsgesetzgebung, welches 1) die Befreiung der bei Auslegung des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868 bisher entstandenen Zweifel und insbesondere: a) die mögliche Verhütung von Konflikten, b) die Feststellung des Rechtsverhältnisses der ausgeschiedenen Genossenschaften bis zum Ablauf der Verjährungszeit, auf jede Weise zu unterstützen." — Advoat, Anwalt Graeff (Coblenz) proponierte im Auftrage des Unterbandes der Rheinisch-Westfälischen Kreditgenossenschaften folgenden Gegenantrag: "Nach dem ausgesprochenen Fallenteil einer Genossenschaft empfiehlt es sich zur speziellen Wahrung der Interessen der Genossenschaften unter sich, den im § 52 und folgende des Genossenschaftsgesetzes erwähnten Vorstand wie auch den Verwaltungsrath baldigt zu reorganisieren und denselben aufzugeben: 1) zeitweise der Generalversammlung über die Lage des Fallenteils Bericht zu erstatten; 2) in Verbindung mit den Syndiken, restliche Massenverwalter auf scheinungsvolle Auferstehung des Schlüsselverteilungsplanes hinzuwirken, der Generalversammlung vorzulegen und den über die Ausfälle gefertigten Verteilungsplan dem zuständigen Gerichte mit dem Antrage einzureichen: den Verteilungsplan für vollstreckbar zu erklären." Dieser Antrag wurde jedoch mit dem Hinweis, daß der in Aussicht stehende allgemeine deutsche Konföderation in keiner Weise angepaßt sei, abgelehnt, dagegen der erst verzeichnete Schulze'sche Antrag fast einstimmig angenommen.

Hierauf wurde Wiesbaden als Abhaltungsort des nächstjährigen Verbandstages gewählt und sonach (gegen 2½ Uhr Nachmittags) die Sitzung bis morgen vertagt.

Lokales und Provinzielles.

Posen. 23. August.

Die polnisch-nationale Partei bedient sich auf den polnischen Wählerversammlungen eines neuen Mittels, um den Vorwurf der Ultramontanen zu widerlegen, daß es ihr um die katholische Kirche wenig zu thun sei; man überläßt nämlich auf nationaler Seite die Führung einigen national gesinnten Geistlichen, welche den Muth haben, dem Terrorismus der ultramontanen Partei die Stirn zu bieten. Dies Manöver ist besonders auf den Wählerversammlungen zu Wollstein, Samter und Gnesen angewandt worden. Auf der Versammlung zu Gnesen, die am Montag stattfand und zu äußerst stürmischen Szenen Veranlassung gab, gelang es in Folge dessen der nationalen Partei einen Wahlsieg zu erzielen, was um so bedeutsamer erscheinen dürfte, als die Ultramontanen Gnesen zu ihren sichersten Wahlkreisen zählen. Über den Verlauf der Versammlung entnehmen wir dem nationalen "Dziennik", der einen fast dramatisch gehaltenen Bericht gibt, folgendes:

Mit wenigen Ausnahmen hatte sich fast der gesamte (national-liberale) polnische Adel des Kreises eingefunden, ebenso zahlreich waren die Geistlichkeit und der Bauernstand vertreten. Zum Vorsitzenden wählte man Herrn v. Dlugolecki; in das neue Kreiswahlkomitee wurden gewählt die Herren: Karel v. Kallstein, v. Dlugolecki, Arzt Dr. med. Wartenberg, Propst Walfowia (national-liberal). Man schritt Walfowia Herrn Wierzyński zum Delegierten und zum Stellvertreter Propst (nationalgesinnten) Propst Malek vorschlag; auf Gegenseite proponeierte der ultramontane Propst Budzia die Herren v. Boltowitz und Propst Andrzejewicz. Als nun die nationale Partei darauf aufmerksam machte, daß Herr v. Boltowitz abwesend sei und nicht gewählt werden könne, erhoben die Ultramontanen einen solchen Lärm, daß der anwesende Polizeikommissarius den Vorsitzenden bat, die Versammlung zu beruhigen, was auch gelang. Bei der Abstimmung erlangten die ultramontanen Kandidaten die Mehrheit. Propst Walfowia schlug sodann folgende Kandidatenliste für den Landtag vor: Weihbischof Janiszewski, Kantal, Bl. v. Wierzyński, B. v. Breska, Madziński und Propst Dr. v. Jazdzewski; wogegen der ultramontane Propst Andrzejewicz folgende Liste beantragte: Weihbischof Janiszewski, Dr. Milowski, Propst Kepudel, S. v. Rozanski, Dr. Symanski und Fr. v. Chłapowski.

Der bekannte geistliche Agitator Propst Dr. Wartenberg erklärte sich nun gegen die Kandidatur des Herrn v. Wierzyński, weil er Redaktionsmitglied des "Dziennik" sei. Nach diesen Worten entstand ein großer Lärm, Geschrei und Gezische, so daß der geistliche Politiker kaum verstanden werden konnte. Propst Walfowia (national) erklärte sich gegen die Ausführungen seines ultramontanen Amtsbruders und erntete bei den Versammlten reichen Beifall. Bei der Abstimmung war die Mehrheit auf Seiten der nationalen Kandidaten. Als Reichstagskandidaten brachte sodann der nationalgesinnte Propst Walfowia folgende Herren in Vorschlag: J. Gr. Mielzyński, Dr. S. Suldryński, M. Gr. Kwilecki, Propst Kegel, Dr. Chłostowski, Dr. v. Niegolewski; hingegen schlug der ultramontane Propst Andrejewicz folgende Liste vor: T. v. Boltowitz, Fürst Roman Czartoryski, Bilar Fürst Radziwiłł, J. von Moawski, H. Turno, J. v. Bichlinski. Die Mehrheit der Kandidaten, worauf dem nationalen Propst Walfowia noch ein Hoch ausgebracht wurde.

Die ultramont

Worte zu gelangen, zerrte der Führer der Ultramontanen, Propst Alois von Slati den Vorstehenden, Herrn v. Lach, so heftig an der Hand, daß dieser erklärte, er müsse ihm gewünschen das Wort ertheilen. Wie der „Kürber“ mitteilte, proklamierte darauf der Vorstehende Herrn Spuler zum Delegirten, ohne daß man ihn gewählt hatte. In Folge dessen verließ Propst Aloisovsk und mit ihm mehrere Geistliche die Versammlung. Die Liberalen schreien: „Die Schwarzen gehen“, „wir haben die Pöppen besiegt.“ Nach Entfernung der ultramontanen Wörterführer wurde die Wahl der Reichs- und Landtagskandidaten mit großer Ruhe vollzogen. Als letztere wurden gewählt: Magdalen, Weißbischof Janiszewski, Dr. v. Niegolewski, Kantak, v. Wierzbinski und Propst Hebanowski; als Reichstagkandidaten stellte man auf die Herren: v. Holtowski, Dr. W. v. Niegolewski, Propst Dr. Kespadel, M. v. Boltowski, J. v. Butkiewicki und Wl. v. Lach.

Wie unangenehm der ultramontanen Partei das plötzliche Herdorften der nationalgefeierten, liberalen Geistlichen sein muß, läßt sich aus dem Angeführten leicht ermessen, besonders, da es sich hierbei wieder einmal zeigt, daß die ältere Geistlichkeit dem fanatischen Treiben der jüngeren, aus der Schule Ledochowski's hervorgegangenen Kapläne mit großem Widerwillen zuschaut, was der liberale „Dienst“ bereits mehrfach konstatiert hat. Das Auftreten solcher Geistlichen wie Propst Zimmermann, Walkowiak, Mieke und Laslowski ist ein harter Schlag für die herrschsüchtigen Pläne jener kleinen Schaar von fanatischen Priesterjünglingen, die man nicht ohne Grund als die polnischen Softas bezeichnen kann.

Zum Kaiserbesuch. Wie uns geschrieben wird, heißt der Preuß.-Lieutenant, der bei der Ankunft des Kaisers in Bonn, diesem von den Kronprinzen seine beiden Kinder vorstellte, nicht v. Lindenau, wie unser Bericht angab, sondern **Lindenau**. — Aus Berlin wird der „Burg.-Stg.“ von einem Augen- und Ohrenzeugen folgendes gemeldet: Der Kaiser ließ sich bei der Abfahrt nach Bonn auf dem Potsdamer Bahnhof zur Erfrischung ein Glas Wasser reichen. Nachdem der hohe Herr dasselbe ausgetrunken, ließ er sich auf einen Teller nieder. Als er sich aber an die Rücklehne stützte, brach die an dem oberen Theil derselben angebrachte Krone ab. Der anwesende Bahnhofsinspектор sprang sofort eilig hinzu und hob die heruntergefallene Krone wieder auf. Dies bemerkend, sagte der greise Monarch in seiner bekannten leutseligen Weise: „Diese Krone war sehr wacklig, Kronen müssen fest sitzen.“

Personalien. Der Staatsanwalt Dr. Dähne zu Meseritz scheitert in Folge seiner Ernennung zum Landrat des schrodaer Kreises aus dem Justizdienste aus, und wird der Appellationsgerichts-Referendar Carl Schäfer I. bis zur Wiederbesetzung die erlebte Staatsanwaltsstelle verwalten.

r. Die Beschlagnahme des Vermögens der erledigten katholischen Pfarrstellen zu Meseritz, Bräis (Kr. Mieseritz), Bettche (Kr. Mieseritz), Pawlowitz (Kr. Fraustadt), Kalowits (Kr. Bonn), Deutsch-Wilke (Kr. Fraustadt) ist aufgehoben, und die Verwaltung derselben nach Maßgabe des § 8 des Gesetzes vom 20. Juni 1875, über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, dem Kirchenvorstande überlassen worden.

r. Ausgewiesen wurden im Laufe des I. Quartals 1876 im diesjährigen Regierungsbezirk über die Landesgrenze 16 Ausländer, davon 15 nach Russisch-Polen, 1 nach Galizien, meistens nach Bevölkerung einer mehrwöchentlichen Haft wegen Landstreitends und Betriebs. 6 dieser Ausländer wurden aus dem Kr. Fraustadt, 3 aus der Stadt Posen, 3 aus dem Kr. Kosten, 3 aus dem Kr. Wreschen und 1 aus dem Kr. Adelnau ausgewiesen; 9 derselben waren katholisch, 6 judaïsche, 1 evangelisch; 15 männlichen, 1 weiblichen Geschlechts. Die jüngste der ausgewiesenen Personen war 14, die älteste 60 Jahre alt.

r. Der Schwimmprodukteur V. Walton wird sich Donnerstag den 24. d. M. Abends 5 Uhr in seinem amerikanischen Netztungsanzuge in der hiesigen Militär-Schwimmanstalt präsentieren.

r. Im Handwerkerverein hielt am Montage der Mechanikus und Optiker Dr. Ritter einen durch zahlreiche wohlgelegene Experimente erläuterten Vortrag über den Magnetismus. Der Vortragende gab zunächst eine geschichtliche Einleitung, erläuterte dann verschiedene magnetische Erscheinungen, insbesondere die Declination und Inklination, zeigte, auf welche Weise ein Magnet hergestellt werden könne, und erklärte nach zahlreichen anderen, wohlgelegenen Experimenten die Erscheinungen der Declination, Inklination und des Nordlichtes.

r. Das Sommerfest zum Besten des Zoologischen Gartens, welches am 21. d. stattfand, war von dem angenehmsten Wetter begünstigt und erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Der Garten, welcher in allen seinen Theilen gesprengt und mit sehr vielen hohen, bunten Lampions und Ballons geschmückt war, gewährte besonders am Abend einen sehr gefälligen Anblick, vorzugsweise aber bildete die von bengalischen Löwen und Feuergarben umgebene Kaiserstatue, welche mit Bäumen und blühenden Topfgewächsen aller Art dekorirt war, den Glanzpunkt der Illumination. Das Aufsteigen der Luftballons mußte der Feuergefährlichkeit wegen unterlassen werden; wodurch allerdings den Kindern ein großes Vergnügen entzogen wurde. — Der zoologische Garten, nach der buher Straße hin erweitert, fand allseitige Anerkennung.

Staats- und Volkswirtschaftszeitung.

**** Neue Preußische Anleihe.** Nachdem, wie bekannt, bei der Subskription auf die neue Preußische Anleihe nur etwa $\frac{1}{4}$ der aufgelegten 100 Millionen M. gedeckt worden war, ist mit dem Verlauf der Anleihe dauernd fortgeschritten. Gegenwärtig ist denn auch — wie der „B. B. C.“ mitteilt — bereits etwa die Hälfte des gesammelten Betrages als verkauft anzusehen. In allerleitster Zeit haben übrigens keine Verkäufe stattgefunden.

**** Neue Berliner Stadtausgabe.** Die neue städtische Anleihe im Betrage von 30 Mill. M. wird im letzten Quartal dieses Jahres noch zur Ausgabe gelangen. Diese neue Stadtausgabe wird mit 4% p.C. verhängt und mit 1 p.C. des Gesamtbetrages und den erwarteten Zinsen amortisiert.

**** Wien,** 22. August. Internationaler Saatensatz. Der Umsatz in Weizen beträgt 200,000 Ztr., und zwar für die Schweiz, Süddeutschland, Steiermark und Tirol, die Notierungen stellen sich etwas höher, als am Sonnabend. In Roggen wurden 45,000 Ztr. für Mühlen in den inländ. Provinzen, in Brotmutter 50,000 Ztr., darunter 20,000 Ztr. für Elsaß und Süddeutschland, in Terminushafer 100,000 Ztr. für das Inland umgesetzt. Die Preise für Roggen und Hafer waren dieselben, wie am Sonnabend. Großes Geschäft fand in Gerste statt, in Futterware wurden 150,000 Bentler für Nord- und Süddeutschland und die Schweiz verkauft. In Linsen und Bohnen betrug der Umsatz 20,000, in Raps 15,000, in Mehl 20,000, in Kleie 40,000 Bentler, für alle diese Fruchtgattungen zu vollem und teilweise höheren Preisen.

Vermischtes.

*** Berlin.** 21. August. In Schlachthäusern wurden am Sonntag Nachmittag die Leichen zweier hübscher Mädchen im Alter von ungefähr 16 und 18 Jahren, welche sich so fest umarmt hielten, daß sie nur schwer getrennt werden konnten, aufgefunden. Die Mädchen, zwei Blondinen, an denen man besonders die Fülle und Länge ihres Haars noch zierlich geordneten Haupthaars bewunderte, sahen sich verschieden ähnlich. Man hielt sie für Schwestern. Die Kleidungsstücke der Armen lagen an den Ufern des Sees. Es waren einfache, aber auffällige und moderne Kleider, wie man sie wohl bei Töchtern kleinerer Berliner Handwerker findet. Visitenkarten, welche man in den Taschen dieser Kleider fand, führten zur Feststellung des traurigen

Thatbestandes. Die Unglückslichen sind Töchter eines hiesigen Handschuhmachers und waren in einer Posamentierwarenfabrik beschäftigt. Am Mittwoch stellte sie der Vater über ihren erhaltenen Wochenbedient zur Rede und gab schließlich der älteren Tochter, weil sie nicht streng die Wahrheit gesagt ein paar Ohrfeigen, drohte beiden Kindern auch, daß er am kommenden Tage an ihrem Prinzipal kommen werde, um von ihm die Wahrheit zu hören. Am Donnerstag früh verließen beide Mädchen, indem sie sich ihren ganzen Schmuck, Ohrringe, Brosche u. s. w. anlegten, ohne dem Vater Adieu zu sagen das Haus und sagten ihrem jüngeren Bruder nur: „Adieu Carl, wer weiß ob wir uns wiedersehen.“ Sie sollten nie wiederkehren! Die Leichen fanden nach Zehlendorf gebracht und dort beerdigt worden.

*** Nach der Vorstellung des Rheingold** — so erzählt der bayreuther Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ — hatte der Kaiser durch den Grafen Lehndorff den „Meister“ zu sich bitten lassen. Allein der „Meister“ meinte, er sei viel zu aufgeregt, um sich nach der Eremitage verfügen zu können. Graf Lehndorff meinte, er könne wohl nach der Audienz fortfahren, aufgeregt zu sein, worauf der Meister ausrief: „Das Klingt ja wie ein Befehl!“ — „Es ist auch ein Befehl, ich bitte, mir zu folgen.“ antwortete der Abgesandte des Kaisers, und dem „Meister“ blieb keine andere Wahl, als zu gehorchen. Hätte er doch gleich gutwillig gefolgt! Schon die Dankbarkeit mußte ihm den Gehorsam erleichtern, denn der greise Kaiser hatte wirklich für die neue Kunstreise das Unerhörte gethan. „Ich bin gar nicht müßig“, sagte er bei seiner Ankunft zu dem „Meister“, „allein ich habe es geschafft, Ihr Unternehmen als eine nationale Sache und bin deshalb erschienen.“ Kaiser Wilhelm hatte die weite Reise zum Bühnenfestspiel gemacht, und Richard Wagner wollte nicht einmal den kurzen Weg zu Kaiser Wilhelm machen!

*** Es geht nichts über Kürze und Knappheit** auch — in der Poetie! Eine Dame, die unter den „Vermischten Anzeigen“ der „Voss. Stg.“ ein „Herr sucht, dem sie ih's kann vertrau'n, präzisirt ihre Ansprüche an dies Herz dahin:

Liebe, edel und wahr; Absicht, lauter und rein!
Scheiden, ausführbar; Sprechen darf nie sein!
*** Wölfe in Russland.** Über den durch die Wölfe angerichteten Schaden entnimmt die „Russ. Rundschau“ einer auf offizielle Quellen gestützten Broschüre von W. M. Lafarewski folgende frappirende Thatsachen. Im Jahre 1873 wurden in nur 45 Gouvernementen 179,000 Stück Grossvieh und 562,000 Stück Kleinvieh von den Wölfen gefressen, was einen Schaden von 7,573,000 Rubl. ausmacht! Der von Wölfen verursachte Schaden kostet per Seele je nach der Gegend 2,6 bis 5,3 Kop. oder 1 bis 8,6 Kop. per Dessiatine. In den Gouvernementen Kasan, Pensa, Smarara, Orel, besonders aber in Wolhynien und Kaluga steht es am Schlimmsten mit der Wölfsplage.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
In Vertretung: Oskar Süssner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 21. August. Zur Begrüßung des Kaisers von Russland in Warischau, dessen Eintreffen dort am 30. d. M. erwartet wird, wird der Kaiser Franz Josef den General der Kavallerie, Grafen Neipperg, dorthin entsenden.

Berlin, 22. August. Das amtliche Blatt meldet, daß das Entlassungsgesuch des Handelsministers Simoni angenommen, letzterer aber zur einstweiligen Fortführung der Geschäfte aufgefordert sei.

Haag. 21. August. Wie die heutigen Abendblätter melden, hat Kappeyne den ihm befußt Bildung eines neuen Cabinets vom König ertheilten Auftrag nicht angenommen.

Stockholm, 22. August. Der Kaiser von Brasilien ist gestern hier eingetroffen.

Konstantinopel, 21. August. Der offizielle Bericht des Serdar Ekrem über den Kampf bei Alexina am 20. d. lautet: Gestern griffen wir die Serben auf den Bergen, welche ungefähr eine Stunde von Alexina entfernt sind, heftig an. Der Feind hatte dort alle seine Kräfte konzentriert. Das Ergebnis des Kampfes war eine vollständige Niederlage der Serben. Die kaiserlichen Truppen nahmen die Verschanzungen der Serben mit Sturm und setzten sich in ihren Positionen, welche sehr stark sind, fest.

Gettinje, 21. August. Vorgestern griffen die Montenegriner unter Marko Miljanow die Türken in Seliste an, eroberten dieses Dorf und machten 45 Gefangene.

Wien, 22. August. Die politisch e. Korrespondenz meldet telegraphisch aus Belgrad vom 22. d.: Zwischen heute und morgen dürfte die serbische Regierung den hiesigen Vertretern der Großmächte in einer Note ihren Standpunkt bei den eventuellen Friedensunterhandlungen auseinandersezgen; da die belgrader Regierung bei den Großmächten die Geneigtheit, den Status quo in Serbien zu erhalten voraussetzt, kann ihr Standpunkt nicht wesentlich von demjenigen differieren, welchen die Großmächte im Friedensinteresse einnehmen werden. In Serbien selbst sind heute mit sehr geringen Ausnahmen alle Faktoren dem Frieden geneigt, daher ist von dieser Seite keine Opposition zu erwarten. Die Waffenstillstandsfrage, bisher unberührt, dürfte nach der meritorischen Neuherierung der serbischen Regierung zur Sprache kommen.

Wien, 22. August. Obgleich Serbien die Mediation der Mächte offiziell nicht angerufen hat, mehren sich, wie von gut unterrichteter Seite verlautet, die Anzeichen, daß ein bezüglicher Schritt bevorstehend sei, sobald die kürstliche Regierung die Gewissheit erlangt hat, daß die Verhandlungen auf dem status quo ante basiren.

Telegraphische Börsenberichte.
Bonds-Course.
Frankfurt a. M., 22. August. Bei wenig belebtem Geschäfte Kurie im Allgemeinen ziemlich unverändert.
[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 92. Pariser Wechsel 81, 10. Wiener Wechsel 167, 30. Böhmische Westbahn 153 $\frac{1}{4}$. Elisabethbahn 133 $\frac{1}{4}$. Galizier 168 $\frac{1}{4}$. Franzosen*) 237 $\frac{1}{4}$. Lombarden* 62 $\frac{1}{4}$. Nordwestbahn 109. Silberrente 58 $\frac{1}{4}$. Papierrente 55 $\frac{1}{4}$. Russ. Bodencredit 85 $\frac{1}{4}$. Russen 1872 92 $\frac{1}{4}$. Amerikaner 1882 101 $\frac{1}{4}$. 1860er Loosse 101 $\frac{1}{4}$. 1864er Loosse 264, 00. Kreditaktien*) 119 $\frac{1}{4}$. Oesterl. Nationalbank 717, 30. Darmst. Bank 105 $\frac{1}{4}$. Berliner Bankverein 83 $\frac{1}{4}$. Frankfurter Wechslerbank 82 $\frac{1}{4}$. Oesterl. Bank 91 $\frac{1}{4}$. Meininger Bank 76 $\frac{1}{4}$. Hess. Ludwigsbahn 98 $\frac{1}{4}$. Oberhessen 73 $\frac{1}{4}$. Umg. Staatsloose 146, 40. Umg. Schatzanw. alt 87 $\frac{1}{4}$. do. neu 84 $\frac{1}{4}$. do. Ostb.-Obl. II. 59 $\frac{1}{4}$. Centr.-Pacific 96 $\frac{1}{4}$. Reichsbank 155 $\frac{1}{4}$.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 118 $\frac{1}{4}$, Franzosen 235 $\frac{1}{4}$, Lombarden 62.

*) per mediv resp. per ultimo.
Abends. Effekten-Societät. Kreditaktien 119 $\frac{1}{4}$, Franzosen 235 $\frac{1}{4}$, Lombarden 61 $\frac{1}{4}$, 1860er Loosse 101, Galizier 168 $\frac{1}{4}$, Nationalbank 721. Fest.

Wien, 22. August. Fest, aber stilles Geschäft. Spekulationspapiere beliebt. Bahnen und Anlagewerthe wenig verändert. Gold gedrückt.
[Schlußkurse.] Papierrente 66, 50. Silberrente 70, 10. 1854er Loosse 107, 50. Nationalbank 863, 00. Nordbahn 1810, 50. Kreditaktien 142, 80. Franzosen 285, 25. Galizier 201, 75. Kasch.-Oderberg 94, 25.

Bardubizer — Nordwestb. 131, 50. Nordwestb. Lit. B. — London 121, 85. Hamburg 58, 95. Paris 48, 10. Frankfurt 58, 95. Amsterdam 100, 25. Böh. Westbahn — Kreditloose 160, 50. 1860er Loosse 111, 70. Lomb. Eisenb. 76, 00. 1864er Loosse 133, 00. Unionbank 58, 25. Anglo-Austr. 73, 50. Napoleons 9, 68. Dutaten 5, 80. Silbercoup. 102, 75. Elisabethbahn 160, 00. Augar. Bräul. 70, 00. D. Reichsb. 59, 55.

Türkische Börse 15, 75. Nachbörsen: Kreditaktien 143, 25. Franzosen 285, 75. Lombardien 73, 25. Galizier 202, 00. Anglo-Austr. 72, 50. Papierrente 66, 55. Silberrente 70, 20. Reichsbanknoten 89, 80. Elisabethbahn 159, 50. Nationalbank 863, 00. Napoleons 9, 72.

London, 22. August. Nachm. 4 Uhr. Konsols 96 $\frac{1}{4}$. Italien.

Spanien Rente 72 $\frac{1}{4}$. Lombarden 6%.

— 3proz. Lombarden-Prioritäten alte — 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9 $\frac{1}{4}$. 5proz. Russen de 1872 92. Silber 51 $\frac{1}{4}$. Türk. Anleihe de 1865 12 $\frac{1}{4}$. 5proz. Russen de 1869 12 $\frac{1}{4}$. 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105 $\frac{1}{4}$. do. 5proz. f. 107 $\frac{1}{4}$. Oesterreich. Silberrente — Oesterreich. Papierrente — 5proz. ungarn. Schatzbonds 85 $\frac{1}{4}$. 5prozent. ungarische Schatzbonds II. Emiss. 82. 5proz. Peruauer 15 $\frac{1}{4}$. Spanien 14 $\frac{1}{4}$.

Wechselnotirungen: Berlin 20, 66. Hamburg 3 Monat 20, 66. Frankfurt a. M. 20, 66. Wien 12, 42. Paris 25, 40. Petersburg 30 $\frac{1}{4}$.

In die Börse floßen heute 92,000 Pf. Sterling.

Paris, 22. August. Schwach, zahlreiche Verkäufe drückten

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 72, 15. Anteile de 1872 106, 37 $\frac{1}{2}$.

Italienische Spanien 73, 00. do. Tabaksaktien —, —, do. Tabakobligationen —, —, Franzosen 585, 00. Lombard. Eisenbahn-Akt. 162, 50. do. Prioritäten 235, 00. Türk. de 1865 12, 55. do de 1869 67, 00. Türkentheorie 39, 00.

Credit imobil 185. Spanien exter. 14 $\frac{1}{4}$. do. inter. 12 $\frac{1}{4}$. Suezkanal-Aktien 701. Banque ottomane 378. Société générale 533. Credit foncier 750. Egypte 240. Wechsel auf London 25, 26 $\frac{1}{4}$.

New-York, 21. August. [Schlußkurse.] Höchste Notierung des Goldagios 10 $\frac{1}{4}$, niedrigste 10 $\frac{1}{4}$. Wechsel auf London in Gold 4 D. 87 $\frac{1}{4}$. Goldagio 10 $\frac{1}{4}$. * Bonds per 1885 113 $\frac{1}{4}</math$

